

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Sitzungstermin: Mittwoch, 22.11.2017
Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Kruse, Detlef

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine
Meinen, Regina
Pohlmann, Marianne

GfE-Fraktion
Kruse, Doris für Thomas Geiken

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard für Albert Ohling (bis 18:45 Uhr)
Ringena, Hermann Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Böckmann, Jürgen

FDP-Fraktion
Mälzer, Frank

Beratende Mitglieder
Lübben, Ernst Freiwillige Feuerwehr
Peper, Arno Leiter des Polizeikommissariats Emden

Verwaltungsvorstand
Docter, Andreas Stadtbaurat

von der Verwaltung
Büsker, Wilhelm
de Boer, Stefan
Lenz, Bernd
Suhr, Roberta
Wegbänder, Martin
Post, Hinrich
Schuster, Holger

Protokollführung
Bleeker, Sonja

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Vor Beginn der Sitzung fand für interessierte Ausschussmitglieder im Gebäude des Polizeikommissariats Emden eine Präsentation der Videoüberwachung Neuer Markt statt. Herr Peper informierte zusätzlich über die Aufbauorganisation der Polizei.

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 05.09.2017 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 05.09.2017 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Modellprojekt Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen;
Interessenbekundungsverfahren für niedersächsische Kommunen
Vorlage: 17/0509

Herr Docter erläutert ausführlich die o. g. Vorlage. Ziel des Modellprojekts sei die Untersuchung über die Auswirkungen einer Geschwindigkeitsbeschränkung von Tempo 30 gegenüber bisher Tempo 50 in den Bereichen Luft, Lärm, Verkehrssicherheit sowie verkehrliche Belange an innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen. Die Verwaltung möchte an dem Interessenbekundungsverfahren für niedersächsische Kommunen teilnehmen und empfiehlt, sich mit dem Stra-

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

ßenzug gemäß der Vorlage zu bewerben. Nach der Beratung im Fachausschuss sei dann ein anschließender Ratsbeschluss ein notwendiges Teilnahmekriterium für das Auswahlverfahren.

Herr Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Mälzer trägt vor, dass seine Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde. Er bezweifelt, dass Erkenntnisse durch das Modellprojekt erlangt werden und daraus Vorteile erwachsen würden. Seiner Meinung nach könne durch eine Geschwindigkeitsbeschränkung auch eine Mehrbelastung von Schadstoffen und Lärm entstehen. Darüber hinaus werde der Verkehrsfluss zusätzlich behindert. Er warnt außerdem vor einer Ressourcenverschwendung, da für die Bewerbung und dessen Umsetzung u. a. ein Fachbüro beauftragt werden müsse.

Die Unterstützung ihrer Fraktion wird von **Frau Pohlmann** signalisiert. Eine Teilnahme an dem Modellprojekt sei sinnvoll, weil durch die Messungen das Ausmaß der Belastung erforscht werden könne.

Herr Hegewald informiert, dass seine Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde. Er bezweifelt die Vorteile durch eine Geschwindigkeitsbeschränkung und befürchtet eine künstliche Behinderung des Verkehrsflusses. Im Hinblick auf den Einzelhandel weist er darauf hin, dass bestrebt werde, den Verkehrsfluss stadteinwärts und –auswärts zu verbessern. Auch die durch das Modellprojekt entstehenden Kosten seien zu berücksichtigen.

Von **Herrn Dr. Ringena** werden Bedenken geäußert. Er fragt nach den Kosten für die dann notwendige Verkehrsbeschilderung.

Herr Böckmann betont, dass seine Fraktion den Antrag ausdrücklich unterstützen werde. Eine Teilnahme an dem Modellprojekt sei sinnvoll, da hierdurch eine grundlegende Verbesserung der Lebensqualität bewirkt werden könne. Damit der Verkehrsfluss nicht behindert werde, schlägt er eine zeitliche Geschwindigkeitsbegrenzung, wie sie bereits vor Schulen praktiziert werde, vor.

Frau Meinen bemerkt, dass es diese Bereiche mit einer zeitlichen Geschwindigkeitsbegrenzung vor Schulen bereits gäbe. Sie spricht sich auch für eine Projektteilnahme aus.

Frau Kruse teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag unterstützen werde. Sie teilt die Ansicht von Frau Pohlmann und Herrn Böckmann, dass nur durch den Versuch und die Teilnahme an dem Modellprojekt neue Erkenntnisse erlangt werden können. Die Bedenken von Herrn Hegewald, bezüglich der Auswirkungen auf den Einzelhandel, könne sie nicht teilen.

Auf die Frage von **Herrn Hegewald** nach der Dauer des Modellprojektes gibt **Herr Docter** an, dass das Modellprojekt drei Jahre dauern würde.

Herr Hegewald findet den Zeitraum lang.

Herr Docter betont, dass es sich zunächst um eine Anfrage für eine Bewerbung zum Modellversuch handele. Mit Unterstützung des Landes sollen Tendenzen, die eindeutig in allen Städten festzustellen seien, im Bereich Luft, Lärm und Verkehrssicherheit auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen untersucht werden. Im Rahmen der Lärmaktionsplanung seien bereits Erkenntnisse von Lärmüberschreitungen im Emdener Innenstadtbereich bekannt. Auch im Hinblick auf die sich in der Europäischen Union und somit auch in Deutschland ändernde Gesetzeslage verdeutlicht er, dass Messungen im Bereich Luftqualität und Lärm ohnehin unausweichlich seien.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Mälzer erkundigt sich nach den Gesamtkosten für das Modellprojekt. Weiter möchte er wissen, wie flexibel sich der Zeitraum von 3 Jahren für die Überprüfung gestalten lässt.

Herr Dr. Ringena macht den Vorschlag, die Thematik an die Automobilindustrie weiterzuleiten, da die wesentliche Ursache der Luftverschmutzung nicht nur der Verbraucher, sondern die Verbrennungsmotoren in den Autos seien.

Herr Hegewald befürchtet, dass das Modellprojekt eine Dauerlösung werden könnte. Er fragt nach, warum es eine Hauptverkehrsstraße mit Tempo 50 sein müsse und nicht eine bereits bestehende Straße mit einer Tempo-30-Geschwindigkeitsbeschränkung.

Herr Docter schildert die Problematik der Bereiche, bei denen Lärm und Luftverschmutzung am intensivsten auftreten. Weiter erläutert er die wesentlichen Punkte, die von der Kommune bei einer Teilnahme an dem Modellprojekt erwartet werden würden.

Herr Böckmann findet den Aspekt interessant, dass für das Modellprojekt Messstationen für nachhaltige Beobachtungen des Verkehrs zur Verfügung gestellt werden würden. Seiner Meinung nach könnten dadurch Möglichkeiten entstehen, auch die Verkehrsströme anders zu leiten. Er denkt an eine Beruhigung der Neutorstraße, um auch dem Einzelhandel gerecht zu werden. Weitere Synergien könnten ebenso dadurch geschaffen werden.

Frau Kruse teilt die Ansicht von Herrn Böckmann und merkt an, dass Emden eine der wenigen Städte sei, in der Autoverkehr über eine Hauptverkehrsstraße durch die Innenstadt geleitet werde.

Herr Mälzer macht darauf aufmerksam, dass in der Vergangenheit bereits oft das Thema Verkehrsberuhigung der Innenstadt diskutiert wurde. Aufgrund der historisch gewachsenen Vorgaben sei eine Umleitung der Neutorstraße seiner Meinung nach illusorisch.

Herr Dr. Ringena bemerkt, dass seine Fraktion die Möglichkeit einer generellen Verkehrsberuhigung der Neutorstraße, im Einklang mit dem Einzelhandel, für die Zukunft begrüßen würde.

Herr Böckmann hebt hervor, dass die Mühlenstraße in Leer auch eine Hauptverkehrsstraße mit historisch gewachsenen Vorgaben gewesen sei und sie durch eine kreative Stadtplanung zu einem verkehrsberuhigten Bereich umgewandelt wurde. Seiner Meinung nach könnte dieses auch in Emden entstehen.

Herr Hegewald erwidert, dass in Aurich und Leer seinerzeit großräumige Umfahrungen geschaffen wurden. Dieses sei in Emden durch die vorhandenen Bedingungen nicht möglich. Er gibt zu bedenken, dass die Petkumer Straße durch den Schwerlastverkehr sehr beansprucht sei und schlägt sie alternativ für die Bewerbung vor.

Herr Docter weist auf die Bewerbungskriterien hin.

Herr Kruse bedankt sich für die Wortmeldungen. Er merkt an, dass trotz der in der Vergangenheit gescheiterten Planungen einer Verkehrsberuhigung in der Innenstadt, ein erneuter Versuch gestartet werden sollte.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt, an dem Modellprojekt teilzunehmen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 6	Dagegen: 3	Enthaltungen: 0
----------	------------	-----------------

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 6 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der freiwilligen Feuerwehr
Vorlage: 17/0508

Herr Schuster erläutert gemäß der o.g. Vorlage die Änderung der Satzung für die freiwillige Feuerwehr der Stadt Emden.

Herr Kruse bedankt sich für die Ausführungen. Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss: Die als Anlage 1 der Vorlage 17/0508 beigefügte 3. Änderungssatzung wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 7 Gefährliche Wildtiere im Zirkus;
- Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2017
Vorlage: 17/0510

Herr Kruse bittet die Antragsteller um ihre Ausführungen.

Frau Pohlmann gibt an, es sei für die SPD-Fraktion unverständlich, dass der Beschlussentwurf von der Verwaltung abgelehnt und durch einen abweichenden Beschlussentwurf belegt wurde. Sie zitiert den Teilbeschluss des gemeinsamen Antrages der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Keine Unterstützung an Dritte, welche Flächen an Zirkusse mit gefährlichen Wildtieren verpachten“ und teilt mit, dass ihre Fraktion beim Ursprung ihres Antrages bleibe.

Herr Böckmann schließt sich den Ausführungen von Frau Pohlmann an und weist zusätzlich auf die sicherheitsrelevanten Aspekte hin. Gemäß der Stellungnahme der Verwaltung stehe aktuell in Emden nur der Schützenplatz für Groß-Zirkusse zur Verfügung. Es sei nicht verständlich, warum die Verwaltung den Teilbeschluss des Antrages „Keine Unterstützung an Dritte, welche Flächen an Zirkusse mit gefährlichen Wildtieren verpachten“ nicht auch dahingehend modifizieren könne. Durch die im Antrag vorgeschlagene Änderung würde die Verwaltung seiner Meinung nach ein Statement setzen.

Herr Wegbänder erläutert die Aufgabe der Verwaltung und weist in diesem Zusammenhang auf die Betriebsgenehmigungen der Zirkusse hin. Zusammenfassend macht er deutlich, dass die Gesetzgebungskompetenz für die erforderliche gesetzliche Grundlage, Wildtiere in Zirkussen zu verhindern, beim Bundesgesetzgeber liegt. Seitens der Verwaltung könne die bestehende Vereinbarung mit dem Emdener Schützenverein ggf. aufgehoben werden. Da aber der Wortlaut des Beschlussantrages in diesem Punkt nicht zweifelsfrei und somit die Reichweite ihrer Forderung nicht deutlich ist, bittet er die Antragsteller um eine Erklärung.

Herr Böckmann betont, dass es bei dem Teilbeschluss um das Mitführen von Wildtieren gehe. Somit sollen Privateigentümer, die ihre Flächen an Zirkusse mit gefährlichen Wildtieren verpachten, von der Verwaltung zukünftig keinerlei Unterstützung mehr erhalten. Zusätzlich weist er auf Beachtung der sicherheitsrelevanten Aspekte hin. Die städtische Unterstützung für die allgemeine Vereinsarbeit und Traditionspflege für den Schützenverein sei davon ausgeschlossen.

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Herr Docter erläutert, dass in den 1980er Jahren von der Politik der Wunsch an die Verwaltung nach einem Platz für Zirkusse herangetragen wurde. Da die Stadt über keinen kommunalen Festplatz verfügte, wurde zwischen dem Schützenverein und der Stadt Emden eine Vereinbarung getroffen, dass der Schützenverein seinen Platz zur Verfügung stellt und die Stadt Emden bei der Realisierung von Zirkus-Gastspielen behilflich ist.

Er weist darauf hin, dass bei den vorgeschlagenen Teilbeschlüssen entweder die Zuständigkeit des Rates fehle oder sie rechtswidrig seien und somit durch die Kommunalaufsicht beanstandet werden würden. Deswegen habe die Verwaltung den Beschlussvorschlag abgelehnt. Abschließend weist er ausdrücklich darauf hin, dass eine eindeutige Formulierung des Beschlussantrages notwendig sei und empfiehlt eine entsprechende Strichvorlage zu erstellen.

Herr Mälzer teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde. Seiner Meinung nach werde zum zweiten Mal versucht, geltendes Recht auszuhebeln.

Herr Dr. Ringena gibt an, die CDU-Fraktion werde dem Antrag auch nicht zustimmen. Die Verwaltung könne nicht wieder aufgefordert werden gegen das Bundesrecht zu verstoßen.

Herr Böckmann bittet die Verwaltung bei der Antragstellung behilflich zu sein. Er macht nochmal deutlich, dass es sich nur um den Aspekt der Wildtiere auf diesen Flächen gehe. Um eine Lösung zu finden, schlägt er ein gemeinsames Treffen mit allen Akteuren vor.

Herr Docter erklärt, dass die Verwaltung keinem Antrag ohne Rechtsgrundlage zustimmen könne.

Herr Kruse schlägt vor, den Antrag erneut in den Fraktionen zu beraten oder ihn ggf. zurückzuziehen.

Herr Böckmann teilt mit, dass die SPD-Fraktion, die Wählergemeinschaft GFE und die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sich nochmal beraten werden, um den Antrag gemeinsam zu modifizieren.

Herr Docter gibt an, solange der Antrag sich noch in einem Beratungsverfahren befindet, seien die Fraktionen bis zur Ratssitzung in der Lage, den Antrag zu verändern. Die Beratungsfolge könne somit weitergehen.

Herr Kruse stellt fest, dass der Antrag für weitere Beratungen vorerst zurückgestellt werde.

Ergebnis: Verweisung auf das Protokoll

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Emden als Scheidungshauptstadt

Herr de Boer spricht die Berichterstattung von verschiedenen Medien über die scheinbar hohe Anzahl von Scheidungen in Emden an. Seiner Meinung nach wurde dadurch ein negativer Eindruck der Lebensqualität in Emden geweckt. Auf Wunsch von Herrn Oberbürgermeister Borneemann habe er die von der Presse veröffentlichten Zahlen recherchiert. Aufschluss brachte eine Nachfrage beim Nds. Landesamt für Statistik. Im Emdener Standesamt werden pro Jahr ca. 250 Ehen geschlossen. Diese Ehen umfassen nur das Emdener Stadtgebiet. Scheidungen, die das Amtsgericht Emden ausspricht, umfassen neben dem Stadtgebiet Emden auch die Gemeinden

Protokoll Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Hinte, Krummhörn und die Stadt Borkum. Weiter führt er aus, dass bundesweite Scheidungen in die Statistik der in Emden geschlossenen Eheschließungen zurücklaufen. Zusätzlich merkt er an, dass es frei wählbar sei, wo eine Eheschließung stattfände. Für Scheidungen gäbe es gesetzliche Regelungen. Fazit sei, dass sich die Zahlen nicht miteinander vergleichen ließen.

TOP 9 Anfragen

1. Wohnmobilparkplatz am Delft

Frau Kruse berichtet über Beschwerden von Wohnmobilbesitzern. Anlass sei die Straße entlang des Parkplatzes, da diese keine verkehrsberuhigte Zone sei. Es bestehe dort eine erhöhte Unfallgefahr, weil Verkehrsteilnehmer dort mit einer Geschwindigkeit von Tempo 50 fahren. Sie fragt nach, ob der Verwaltung die Situation bekannt sei.

Herr Post führt aus, dass mit der Fertigstellung des Neubaugebietes „Neuer Delft“ der gesamte Bereich in eine Zone 30 umgesetzt wurde. Auch die Straße, die am Wohnmobilparkplatz vorbeiführt, gehöre dazu. Eine entsprechende Verkehrsbeschilderung weise an den beiden Zufahrtsstraßen darauf hin.

Herr Docter bedankt sich bei Frau Kruse für den Hinweis. Es seien der Verwaltung diesbezüglich keine Beschwerden oder Gefährdungen bekannt. Er sichert zu, den Hinweis an den Bau- und Entsorgungsbetrieb weiterzuleiten, damit zusätzlich eine entsprechende Markierung direkt auf die Straße aufgebracht werde. Zusätzlich weist er darauf hin, dass für einen sogenannten verkehrsberuhigten Bereich, in dem der Fahrzeugverkehr Schrittgeschwindigkeit einhalten müsse, massive Umbaumaßnahmen nötig wären.

Frau Kruse gibt an, dass mehrere Wohnmobilbesitzer in der Geschäftsstelle ihrer Fraktion vorstellig waren und die dortige Situation geschildert haben. Demnach war die verkehrsberuhigte Zone 30 nicht bekannt.

Herr Docter erklärt, dass grundsätzlich in den jeweiligen Eingangsstraßen auf eine Tempo-30-Zone hingewiesen werde.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.